

Zeitarbeit Gemischte Bilanz

Überproportional viele Menschen, die arbeitslos werden, kommen aus der Zeitarbeitsbranche. Zu diesem Ergebnis kommt eine interne Analyse, die das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung für die Bundesagentur für Arbeit erstellt hat. Etwa zehn Prozent aller Zugänge in die Arbeitslosigkeit kämen aus der Zeitarbeitsbranche, heißt es in dem Papier. Dabei lag der Anteil aller Leiharbeiter an den sozialversicherungsspflichtig Be-

schäftigten im Untersuchungszeitraum lediglich bei drei Prozent. Weil die Gehälter in der Branche niedriger sind, liegt auch das Arbeitslosengeld bei ehemaligen Zeitarbeitnehmern „deutlich unter der Höhe des Arbeitslosengeldes von Personen, die aus anderen Branchen in den Leistungsbezug wechseln“. Allerdings ist die Zeitarbeit zugleich das größte Sprungbrett aus der Arbeitslosigkeit: Fast 20 Prozent aller Menschen, die nach dem Jobverlust wieder eine Beschäftigung aufnehmen, landen bei einer Zeitarbeitsfirma. mad

Energie Glückliche Heizungslobby

Die Regierung erhöht den Druck auf Hausbesitzer, sich eine moderne Heizung anzuschaffen. Das geht aus den Plänen des Bundeswirtschaftsministeriums für ein „Nationales Effizienzlabel“ hervor. Alle Heizkessel, die älter als 15 Jahre sind, sollen demnach vom Schornsteinfeger oder Energieberater mit einem Aufkleber gekennzeichnet werden, der auf den hohen Energieverbrauch der Anlage hinweist und „die Motivation des Verbrauchers

zum Austausch alter ineffizienter Heizungsanlagen“ fördert, so ein Ministeriumspapier. Die Regierung folgt damit fast wortgleich einem entsprechenden Vorschlag des Zentralverbandes Sanitär Heizung Klima, den Verbraucher „zu motivieren, seine energetisch und technisch veraltete Anlage zu erneuern“. Die Kosten für das Labelling soll der Steuerzahler übernehmen. „Um Überhitzung am Markt zu vermeiden“, heißt es in dem Ministeriumspapier weiter, solle die Label-Vergabe über acht Jahre gestreckt werden. neu

Griechenland Rabatt beim Sparen

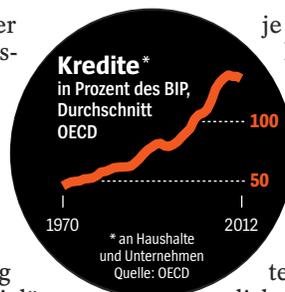
Die Troika aus Europäischer Zentralbank, EU-Kommission und Internationalem Währungsfonds (IWF) will den Sparkurs in Griechenland merklich lockern. Die zuletzt anvisierten Etatziele seien illusorisch, weil die Wirtschaft eingebrochen sei, heißt es in Troika-Kreisen. So sei nicht damit zu rechnen, dass Griechenland dieses Jahr einen Primärüberschuss, also ein Haushaltsplus vor Zinszahlungen, von einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts erzielt. Dieser Puffer dürfte durch die jüngsten ökonomischen Turbulenzen aufgebraucht sein. Auch für die nächsten Jahre will sich

die Troika mit geringeren Überschüssen zufrieden geben als bislang geplant, weil sie die Rezession nicht verschärfen will. Für 2016 wird demnach ein Plus von einem Prozent angepeilt, statt den bisher vorgesehenen zwei Prozent. 2017 soll der Primärüberschuss ebenfalls geringer ausfallen als die vorgegebenen drei Prozent. Offen ist auch, ob 2018 der Wert von 3,5 Prozent erreicht wird. Der Sanierungsrabatt stellt die langfristige Schuldenfähigkeit Griechenlands infrage, an die besonders der IWF weitere Hilfen knüpft. Die niedrigeren Vorgaben dürften daher die Diskussion befeuern, ob das Land am Ende nicht doch einen Schuldenchnitt braucht. rei



Die Samstagsfrage Bremsen Banken das Wachstum?

Zu den vergleichsweise sicheren Erkenntnissen der Ökonomie gehörte bislang, dass entwickelte Volkswirtschaften einen hoch spezialisierten Finanzsektor brauchen. Nur so gelange knappes Kapital dorthin, wo es den höchsten Ertrag erwirtschaftet. Je leistungsfähiger die Bankenbranche, desto höher das Wirtschaftswachstum, so die gängige Lehre. Die Industrieländerorganisation OECD erschüttert diesen Glauben nun mit einer Reihe von Studien. Derzeit liege die Verschuldung von Haushalten und Unternehmen in den Industrieländern im Schnitt bei 150 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). „Auf diesem Niveau dämpft weitere Kreditexpansion das langfristige Wachstum eher, als dass sie es fördert“, schreiben die Pariser Forscher. Ihre Begründung: Der weitgehend deregulierte Finanzsektor in den industrialisierten Ländern wetteifere um die Gunst der Kunden mit immer komplexeren Produkten, die sich mehr um sich selbst drehten statt wirkliche Investitionen zu finanzieren. Zudem flössen,



je entwickelter eine Gesellschaft sei, Kredite eher an Haushalte für Konsum oder als Hypothekendarlehen statt an Unternehmen, was Wachstum kostete. Einfach zugängliche Kredite verdrängten außerdem die Finanzierung über die Börse, die Unternehmen schneller wachsen lasse. In reifen Volkswirtschaften würde die Ausweitung der Kreditvergabe um zehn Prozent des BIP das Wachstum um 0,3 Prozent geringer ausfallen lassen, rechneten die OECD-Forscher aus. Ursache für die schädliche Aufblähung des Finanzsektors sei gewesen, dass sich Politiker in vielen Ländern ein Wettrennen geliefert hätten, ihn immer weiter zu deregulieren. Als eine Gegenmaßnahme schlagen die Pariser Ökonomen unter anderem vor, Großbanken zu zerschlagen, um sie auf ihr Kerngeschäft zurückzustutzen. Auch sollten die Staaten Steueranreize für die Kreditfinanzierung streichen – und stattdessen Unternehmen begünstigen, die sich an der Börse Geld beschaffen.

Christian Reiermann